

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 1 Mk.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.
Veranstaltungsanzeigen 30 Pfg.

Eine Abschlagszahlung.

Die Verhandlungen wegen der Bewilligung einer erhöhten Teuerungszulage haben ihren Abschluß noch nicht gefunden. Nachdem am 20. und 21. Juli die Angelegenheit im Kriegsamt sehr gründlich durchgesprochen worden war, ohne daß sich die Möglichkeit einer Verständigung bot, wurde beschlossen, die Verhandlungen am Freitag, den 27. Juli, an der gleichen Stelle fortzusetzen. Um aber die Arbeiter nicht durch diese notwendige Vertagung der Verhandlungen zu benachteiligen, wurde weiter vereinbart, daß in allen Betrieben eine sofort zahlbare Abschlagszahlung auf die zu bewilligende Teuerungszulage in Höhe von 10 Pf. pro Stunde für die männlichen und von 6 Pf. für die weiblichen und jugendlichen Arbeiter gezahlt wird.

Das ist das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen, die sich viel schwieriger gestalteten, als vorausgesehen war. Es wurde diesmal nicht mit dem Arbeitgeber-Schutzverband allein verhandelt. Das Kriegsamt hatte eine größere Zahl von Unternehmerorganisationen des Holzgewerbes geladen, weil es von der an sich richtigen Annahme ausging, daß Vereinbarungen über Teuerungszulagen zweckmäßig mit allen in Betracht kommenden Gruppen von Arbeitgebern gleichzeitig geföhrt werden. Auch uns wird die Durchführung der zu treffenden Vereinbarung wesentlich erleichtert, wenn die Abmachungen gleich mit allen Verbänden getroffen werden. Diesem Vorteil steht allerdings der Nachteil gegenüber, daß wir fast mit keinem der zugezogenen Arbeitgeberverbände in gleicher Weise in einem Vertragsverhältnis stehen, wie mit dem Arbeitgeber-Schutzverband. Die Vertreter der geladenen Verbände waren wohl erschienen, erklärten aber, außerstande zu sein, bindende Erklärungen abzugeben. Sie müßten erst ihren Organisationen berichten. Das war einer der Gründe, der es unmöglich machte, bei dieser ersten Verhandlung auf so breiter Grundlage schon zu einem endgültigen Ergebnis zu kommen.

Ein anderer wichtiger Grund war die Zurückhaltung des Arbeitgeber-Schutzverbandes. Dessen Vertreter wollten zunächst jede Bewilligung überhaupt von der Zusicherung der Vergabestellen abhängig machen, daß ihnen die Mehrausgaben an Lohn vom Reich zurückerstattet würden. Unsere Vertreter stellten sich auf dem Standpunkt, daß das Verlangen der Arbeitgeber nach angemessenen Preisen wohl berechtigt sei, und sie unterstützten die entsprechenden Wünsche der Arbeitgeber. Aber sie konnten unmöglich zugeben, daß die Bewilligung von Teuerungszulagen von der Gewährung einer Rückvergütung abhängig gemacht wird. Die Kollegen im Reich verlangen Teuerungszulagen, weil die gegenwärtigen Löhne bei den fortgesetzten steigenden Preisen für alle Lebensbedürfnisse nicht mehr ausreichen. Das ist eine Tatsache, die eines Beweises im einzelnen gar nicht bedarf. Haben sie doch die Arbeitgeber bei den gepflogenen örtlichen Verhandlungen meist rückhaltlos anerkannt. Sie haben vielfach bereits abschlägliche Teuerungszulagen bewilligt, deren Anrechnung auf das Ergebnis der zentralen Verhandlungen sie sich vorbehalten haben. Solche örtliche Bewilligungen sind an vielen Stellen in einer Höhe erfolgt, daß das Angebot der Arbeitgeber in den Verhandlungen, 6 Pf. sofort und 4 Pf. am 1. September zu bewilligen, dagegen geradezu lächerlich erscheint. Unsere Verbandsvertreter haben sicher im Sinne aller Kollegen gehandelt, als sie es ablehnten, in Verhandlungen über dieses Angebot einzutreten.

Die Holzindustrie ist zurzeit ganz überwiegend mit Aufträgen für den Heeresbedarf beschäftigt. Dieser Umstand erklärt es auch, daß die Verhandlungen vor dem Kriegsamt geführt wurden. Die Leitung der Verhandlungen lag in den Händen des Herrn Hauptmanns Braumann vom Kriegsamt. Außerdem waren die Vergabestellen, und zwar das Waffen- und Munitionsbeschaffungswesen (Wumba), die bayerische und die sächsische Feldzeugmeisterei und das württembergische Kriegsministerium vertreten. Ferner hatte das Reichsschatzamt und das Reichsamt des Innern je einen Vertreter entsendet. Vorweg sei bemerkt, daß der Vertreter des Reichsschatzamtes sich recht zurückhaltend über die Frage der Rückvergütung äußerte, welcher die Arbeitgeber so großen Wert beimessen. Er erklärte, es sei wohl möglich, daß die Mehrausgaben der Arbeitgeber vom Reichsschatzamt übernommen würden, doch könnten hierüber vorläufig keine bindenden Versprechungen gemacht werden. Der Herr hat aber den Verhandlungen bis zum Schluß beigewohnt, und wenn er über die gewonnenen Eindrücke seinem Chef berichtet, dürften die Hoffnungen, welche die Arbeitgeber auf das Reichsschatzamt setzen, nicht unerfüllt bleiben.

Als Beauftragte der Arbeiter nahmen neben den Vertretern unseres Deutschen Holzarbeiter-Verbandes auch solche des christlichen Holzarbeiter-Verbandes und des Sächsisch-Böhmischen Gewerksvereins der Holzarbeiter an den Verhandlungen teil. Arbeitgeberverbände waren in größerer Zahl vertreten. In erster Linie der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe, ferner der Bund deutscher Tischlerinnungen, der Deut-

sche Industrie-Schutzverband (Dresden), der Verband deutscher Stuhlfabrikanten, der Verband deutscher Bürsten- und Pinselfabrikanten, der Rheinisch-Westfälische Tischler-Innungsverband (Essen), der Verband deutscher Stockfabrikanten (Cassel), der Verband sächsischer Möbelfabrikanten, die Vereinigung der Heeresfahrzeugfabrikanten (Berlin), der Verband deutscher Kistenfabrikanten (Leipzig), der Verband deutscher Holzwarenfabrikanten (Leipzig), der Verein deutscher Pianofortefabrikanten (Leipzig), die Freie Vereinigung deutscher Pianofortefabrikanten (Berlin), der Verband westdeutscher Klavierindustrieller (Barmen), die Vereinigung der Drechslermeister Deutschlands (Berlin), der Westdeutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe (Essen), der Verband der Modellfabrikanten Deutschlands (Hamburg) und der Verband der deutschen Bleistiftfabrikanten (Nürnberg).

Eine Vorbesprechung, die am 19. Juli mit dem Arbeitgeber-Schutzverband allein gepflogen worden war, hatte die Sache wenig gefördert, immerhin durfte man nach dieser Aussprache erwarten, daß die Arbeitgeber zu annehmbaren Zugeständnissen bereit sein würden. Um so größer war die Ueberraschung, als sie, nachdem man einen halben Tag lang vor dem Kriegsamt verhandelt hatte, mit ihrem Angebot herausrückten. Unsere Kollegen hatten entsprechend den Beschlüssen unserer Städtekonferenz eine Teuerungszulage von 30 Pf. pro Stunde verlangt, die ab 1. Juli 1917 an alle Lohn- und Akkordarbeiter und Arbeiterinnen zu zahlen sei. Die im vorigen Jahre mit dem Arbeitgeber-Schutzverband vereinbarte Einteilung der Städte in Tariffklassen mit abgestuften Vertragslöhnen sollte auf das ganze Reichsgebiet ausgedehnt werden. Hierzu war ein Vorschlag gemacht, der alle Orte auf die vorgezeichneten sechs Tariffklassen verteilt. Einschließlich der Teuerungszulage sollte dann der Mindestlohn pro Stunde betragen:

Tariffklasse	I	II	III	IV	V	VI
Arbeiter	1,20	1,15	1,10	1,05	1,00	0,95 Mk.
Arbeiterinnen	0,70	0,67	0,64	0,61	0,58	0,55 "

Für Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren sowie für neu anzulernende Arbeiter und Arbeiterinnen in den ersten vier Wochen ihrer Beschäftigung sollte der Mindestlohn in jeder Tariffklasse um 10 Pf. niedriger sein. Die Akkordpreise sollen so bemessen werden, daß mindestens 25 Prozent über dem Mindestlohn verdient werden kann, auch sollen die Stücklohnsätze für männliche und weibliche Arbeiter gleich sein. Für Montagearbeit mit Übernachten wird eine Erhöhung der Entschädigung um 1,50 Mk. und ein Mindestsatz von 5,50 Mk. pro Tag verlangt, für die sonstigen Montagen eine sinngemäße Erhöhung. Die vorgeschlagene Vereinbarung, deren wichtigste Bestimmungen hier wiedergegeben sind, sollte nach unserem Vorschlag bis drei Monate nach Friedensschluß, mindestens aber bis zum Ablauf der hierdurch um ein Jahr verlängerten Tarifverträge gelten. Mit diesen Verhandlungen sollte also nach dem Vorschlag die Frage der Vertragsverlängerung gleich mit erledigt sein. Erwähnt sei schließlich noch, daß als selbstverständlich die Forderung gestellt wurde, daß die in zahlreichen Fällen örtlich gegebenen Versprechungen, die zentral vereinbarten Teuerungszulagen ab 1. Juni nachzuzahlen, erfüllt werden müssen.

Die Antwort des Arbeitgeber-Schutzverbandes, denn dieser war es, der auf Seiten der Arbeitgeber die Verhandlungen führte, während sich die anderen Organisationen den Beitritt zu den zu treffenden Vereinbarungen vorbehielten, ging dahin, daß er die ursprünglich von ihm selbst gegebene Anregung, bei dieser Gelegenheit über die Verlängerung der Verträge zu beschließen, ablehnte. Unter der Voraussetzung, daß sich das Reichsschatzamt bereit erklärt, den Arbeitgebern die Mehrausgaben zu vergüten, wollten die Herren eine Teuerungszulage von 8 Pf. sofort und weitere 4 Pf. am 1. September bewilligen. Akkordarbeiter sollen den gleichen Zuschlag auf die Akkordstunde haben. Dem Montagezuschlag von 5,50 Mk. stimmten sie zu, lehnten aber eine Erhöhung des Zuschlages für örtliche Montagen ab. Jede Festsetzung eines Mindestlohnes für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter lehnten sie ab mit der Begründung, daß sie jetzt nicht über die Verlängerung der Verträge, also auch nicht über deren Inhalt verhandeln wollten; sie erklärten sich aber bereit, den jugendlichen und den weiblichen Arbeitern bis zu 16 Jahren 2 Pf., von 16 bis 18 Jahren 4 Pf. und den Arbeiterinnen über 18 Jahre 6 Pf. Teuerungszulage zu gewähren.

Unsere Vertreter erklärten selbstverständlich, daß sie dieses Angebot nicht ernst nehmen könnten. Von der Erklärung, daß die Arbeitgeber über die Vertragsverlängerung jetzt nicht verhandeln wollen, wurde ohne Einwendung Kenntnis genommen. Das wird in einigen Monaten neue Verhandlungen bedingen, bei welchen erneut Forderungen gestellt werden. Im Hinblick darauf könne auch die sofort zu gewährende Teuerungszulage auf 20 Pf. ermäßigt werden.

Sehr nachdrücklich wurde aber ausgesprochen, daß diese Forderung kein Handelsobjekt sei, sondern das mindeste, was gewährt werden müsse.

In einem späteren Stadium der Verhandlungen erhöhten die Arbeitgeber ihr Zugeständnis dahin, daß sie sofort 10 Pf. und am 1. November weitere 5 Pf. gewähren wollten, Arbeiterinnen unter 18 Jahren und jugendliche Arbeiter sollten sofort 5 Pf., Arbeiterinnen über 18 Jahre sollten sofort 8 Pf., am 1. November weitere 4 Pf. erhalten. Die Herren hätten sich aber selbst sagen können, daß nach all den Vorgängen im Reich eine Verständigung auf solcher Grundlage völlig ausgeschlossen war. Die Verhandlungen wären längst abgebrochen worden, wenn sich der Verhandlungsleiter, Herr Hauptmann Braumann, nicht große Mühe gegeben hätte, den förmlichen Abbruch zu verhindern. Seinem Vorschlag, die Verhandlungen auf den 27. Juli zu vertagen, konnten unsere Vertreter zustimmen. Sie verlangten jedoch, daß man die Kollegen im Reich diese Verzögerung nicht entgelten lassen dürfe. Die Arbeitgeber sollten sich bereit erklären, auf die zu bewilligende Teuerungszulage eine Abschlagszahlung von 10 Pf. für die Stunde für die männlichen und 6 Pf. für die weiblichen Arbeiter sofort zu zahlen. Nach einer gesonderten Besprechung der Arbeitgeber konnte Herr Hauptmann Braumann mitteilen, daß der Arbeitgeber-Schutzverband und der Bund deutscher Tischlerinnungen dieses Zugeständnis bedingungslos gemacht hätten. Die Vertreter der übrigen Verbände haben sich bereit erklärt, ihren Mitgliedern dringend zu empfehlen, diese Abschlagszahlung in gleicher Weise zu leisten. Bezüglich der Abschlagszahlung wurde noch erklärt, daß auf sie die in letzter Zeit bewilligten Teuerungszulagen angerechnet werden können.

Das ist der erste Erfolg unserer Bewegung. Er ist bescheiden, und an vielen Orten werden ihn unsere Kollegen als mehr denn bescheiden ansehen. Mit Recht. Die Verhältnisse liegen so, daß eine weit höhere Teuerungszulage unbedingt erforderlich ist. Unsere Unterhändler werden, wie seither, auch bei den fortgesetzten Verhandlungen ihr möglichstes tun, um der Kollegenschaft zu einer wirklich angemessenen Teuerungszulage zu verhelfen. Aber auch dieser Teilerfolg muß ausgenutzt werden. Alle Holzarbeiter im Reich, gleichviel, ob sie bei einem Mitglied des Arbeitgeber-Schutzverbandes oder bei einem einer anderen Organisation angeschlossen sind, haben Anspruch auf die sofortige Auszahlung der als Abschlagsleistung bewilligten Teuerungszulage von 10 Pf. pro Stunde bzw. 6 Pf. für die Arbeiterinnen. Diese Zulage muß überall gefordert werden, wo sie der Unternehmer nicht freiwillig gewährt. Und im übrigen wollen wir abwarten, ob die inzwischen fortgesetzten Verhandlungen ein befriedigendes Ergebnis zeitigen.

Kritische Tage.

Auf den 5. Juli war der Reichstag einberufen. Er sollte so schnell wie möglich neue Kriegskredite in Höhe von 15 Milliarden bewilligen und dann seine Sommerferien fortsetzen. Es kam aber ganz anders, als man es in den hohen Regionen erwartet hatte. Bis zum 20. Juli ist der Reichstag zusammengeblieben, und als er sich dann bis zum 26. September vertagte, wurde der Präsident ermächtigt, im Bedarfsfall den Reichstag auch früher einzuberufen. In diesen zwei Wochen hat der Reichstag nur wenige Vollsitzungen gehalten, um so bedeutungsvoller waren die Vorgänge, die sich hinter den Kulissen abspielten.

Die Osterbotschaft, welche eine Reform des preussischen Wahlrechts in Aussicht stellte, ist durch einen Erlass vom 11. Juli dahin erweitert worden, daß nun auch das geheime Wahlrecht fest versprochen und zugesagt wurde, die Wahlreform so zeitig einzubringen, daß schon die nächsten Wahlen zum preussischen Landtag nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht vollzogen werden. Kaum war dieser Erlass, den Bethmann Hollweg gegenzeichnet hatte, in die Welt gegangen, da nahm dessen Amtsdauer ein vorzeitiges Ende. Der seitherige Unterstaatssekretär Dr. Michaelis machte einen großen Sprung auf den Sessel des Reichskanzlers. Man zerbrach sich den Kopf über die Nachfolger der Staatssekretäre und der preussischen Minister, die plötzlich größtenteils zum Abschied reis erschienen. Dann wurde es darüber wieder stiller, es scheint, daß man nach alter Gewohnheit mit den Änderungen in der Regierung warten will, bis der Reichstag vertagt ist, sofern man sich nicht überhaupt anders besonnen hat.

Ihren Ausgang nahmen die kritischen Tage, die natürlich viel ereignisreicher waren, als hier angedeutet, von der Sitzung des Hauptausschusses am 6. Juli. Diese Sitzung fand, wie die Ausschusssitzungen überhaupt, unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Für die wichtigsten Teile der Sitzung war ein Schweigegebot ergangen, und für einige der folgenden Sitzungen waren noch besondere Vorkehrungen getroffen, um das Geheimnis der Verhandlungen zu sichern. Trotzdem ist genügend durchgesickert, um sich einiger-

maßen ein Bild von den Vorgängen zu machen. Es handelt sich um einen Erfolg der sozialdemokratischen Politik. Getrieben von der sozialdemokratischen Fraktion, hat der Reichstag einen Anlauf genommen, seinen Willen zur Macht zu bekunden. Der Reichstag, als die Vertretung des deutschen Volkes, hätte die Macht, dem Willen des Volkes gegenüber den herrschenden Gewalten zur Geltung zu bringen. Es ist das erstmal, daß er einen schüchternen Versuch nach dieser Richtung unternommen hat, und es bleibt abzuwarten, ob er sich stark genug fühlen wird, auf der betretenen Bahn weiterzuschreiten.

Bei der unternommenen Aktion handelt es sich zunächst um Maßnahmen, die den Weg zum Frieden frei machen sollen. Die Sozialdemokraten haben bisher, dem lauten Geschrei der annexionslustigen Alldeutschen zum Trotz, den Gedanken des Verständigungsfriedens ohne Eroberung und ohne Entschädigung vertreten. Dieser Gedanke hat durch die Proklamationen des in Rußland herrschenden Arbeiter- und Soldatenrats einen mächtigen Widerhall in der Welt gefunden. Wenn wir dem Frieden näherkommen wollen, dann muß sich auch die deutsche Regierung rüchhaltlos zu diesem Gedanken betonen. Den feindlichen Mächten, die sich unehrlicher Weise den Anschein geben, als wollten sie das deutsche Volk von der Autokratie befreien, muß diese Waffe aus der Hand geschlagen werden, indem das deutsche Volk selbst teilnimmt an der Lenkung seiner Geschichte. Der Einfluß des Reichstages muß verstärkt, die Regierung muß der Ausdruck der Mehrheit des Parlaments werden. Die Einführung des parlamentarischen Systems ist die Vorbedingung für die Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens.

Solange die Sozialdemokratie mit ihren Forderungen alleinstand, wurde diese wenig beachtet. Die Sensation des 6. Juli war es, daß sich im Hauptausschuß auch das Zentrum zu diesen bisher nur von den Sozialdemokraten vertretenen Forderungen bekannte. Nun standen die Konservativen, die bisher herrschende Partei, auf welche sich die Regierung mit Vorliebe stützte, allein. Es hatte nicht viel zu sagen, daß sich die Nationalliberalen, die anfangs mit von der Partie waren, später absonderten und es den Sozialdemokraten, den Fortschrittlichen und dem Zentrum überließen, die Kriegszielresolution zu formulieren, die schließlich am 19. Juli vom Reichstag mit 214 gegen 116 Stimmen angenommen wurde. Daß die große Mehrheit des Reichstages sich für einen Frieden ohne Annexionen erklären würde, stand fest, trotzdem die „Unabhängigen“ gegen die Resolution stimmten und so dazu beitrugen, den Anschein zu erwecken, als ob wirklich eine erhebliche Minderheit des Reichstages annexionslustig ist.

Die erste Wirkung der Bekundung des Machtwillens der Mehrheit des Reichstages war der Erlaß über das preussische Wahlrecht. Aber die Entwicklung geht nicht geradlinig. Der Sturz Bethmann Hollwegs, der sich zur Demokratisierung des preussischen Wahlrechts bekannte, scheint ein Erfolg jener Kreise zu sein, die bisher auf Hintertreppen die Politik des Reiches beeinflussten. Die Methoden, in welchen in den kritischen Tagen die wichtigsten Verhandlungen geführt wurden, unterscheiden sich noch sehr wesentlich von denen, die in Gebrauch kommen müßten, wenn wir wirklich zum parlamentarischen System kommen sollten. Da ist es üblich, daß der Besetzung der Stelle des leitenden Ministers Beratungen zwischen dem Träger der Krone und den leitenden Männern des Parlaments vorausgehen. Vor der Berufung des neuen Reichskanzlers haben Besprechungen von Parlamentariern mit dem aus dem Felde berufenen Kronprinzen stattgefunden. Auch die Seerführer Hindenburg und Ludendorff waren zur Beratung nach Berlin berufen worden. Man hat aber die Parlamentarier nur über das Verbleiben Bethmann Hollwegs befragt, während die Ernennung Michaelis' auf Ratschläge von anderer Seite zurückzuführen sein dürfte. Daß man die Ernennung des Chefs der Reichsämtler und der preussischen Minister zurückgestellt hat, um sie in der parlamentarischen Zeit vorzunehmen, deutet gleichfalls darauf hin, daß man an den maßgebenden Stellen noch wenig Neigung verspürt, dem parlamentarischen System Konzessionen zu machen.

Auf der anderen Seite kann es immerhin als ein Erfolg gebucht werden, daß der Reichstag dem Antrag des Verfassungsausschusses zugestimmt und eine Vermehrung der Reichstagsmandate unter Einführung der Verhältniswahl in den Wahlkreisen mit besonders harter Bevölkerungsanzahl angenommen und die Regierung sich zukünftig dazu geäußert hat. Inzwischen hat sich der neue Reichskanzler dem Reichstag vorgestellt, und er hat der Kriegszielresolution der Mehrheit zugestimmt. Er wird allgemein als ein tüchtiger, energischer Beamter anerkannt, der sich in seinem bisherigen Amt um die Sicherung der Volksernährung große Verdienste erworben hat. Ob er die Fähigkeiten und Eigenschaften besitzt, die für das Kanzleramt erforderlich sind, wird er erst noch beweisen müssen.

In den kritischen Julitagen sind zweifellos wichtige Schritte auf dem Wege zur Demokratisierung Deutschlands gemacht worden. Aber es sind erst vorbereitende Schritte. Die Krise ist noch nicht beendet. Es sind für die nächste Zeit wichtige politische Maßnahmen zu erwarten, die ein Prüfstein dafür sein werden, ob man auf dem beherrschenden Wege weiterzugehen gedenkt. Die wichtigste Frage ist die des preussischen Wahlrechts. Die Bekundung des preussischen Wahlrechts für die Verkörperung der politischen und sozialen Verhältnisse in ganz Deutschland liegt auf der Hand. Für die Demokratisierung dieses Wahlrechts haben wir jetzt ein vollständiges Versprechen, was noch ist es nicht eingeleitet, so man weiß, daß im preussischen Landtag eine höhere Mehrheit gegen jede Veränderung des Wahlrechts vorhanden ist. Es wird sehr wichtig sein, dieses volksfeindliche Parlament gezwungen zu werden, sich man den erforderlichen Mittel zur Annahme solcher Mittel anzuwenden?

Das sind Fragen, auf die es heute eine Antwort noch nicht gibt. Inwiefern ist es für das deutsche Volk nützlich, wenn es sich neben aller Hoffnungslosigkeit mit einer

guten Portion Mißtrauen wappnet. Im Grunde sind wir über das Stadium der Versprechungen noch nicht hinaus. Wir werden uns noch tüchtig rühren müssen, wenn wir die Erfüllung sehen wollen. Man beginnt jetzt einzusehen, daß auch das Volk ein Faktor ist, den man beachten muß; am Volk liegt es nun, seinen Einfluß so zu stärken, daß es imstande ist, seinem Willen Geltung zu verschaffen.

Zur Beitragsfrage.

In unserem Verbandsorgan hat ein recht lebhafter Meinungsaustausch über die Erhöhung der Verbandsbeiträge eingesetzt. Daß dem Verband erhöhte Mittel zufließen müssen, wird und muß ja jedem Kollegen einleuchten. Denn anders kann das finanzielle Müßiggang unseres Verbandes bei etwaigen zukünftigen Kämpfen nicht in der erforderlichen Weise festgestellt werden. Nicht uninteressant ist es nun, daß bei den bisherigen Meinungen der Frage der Staffelleistungen eine weit größere Beachtung geschenkt wird als früher. Wer in einem größeren Kreise von Kollegen wirken mußte, deren Löhne noch weit unter der Existenzmöglichkeit liegen, wird schon bei früheren Erhöhungen der Verbandsbeiträge für Staffellung derselben eingetreten sein. Gegen die Staffellung sind bisher immer auch verwaltungstechnische Gründe ins Feld geführt worden. Auch diese sind zum großen Teil widerlegt, indem der Vorstand für besonders schlechtentlohnte Verufe niedrigere Beiträge zugelassen hat. Die beteiligten Zahlstellen sind sicherlich mit wenig Ausnahmen den dadurch sich ergebenden verwaltungstechnischen Schwierigkeiten Herr geworden.

Was die Höhe der Beiträge anbelangt, so bin ich der Meinung, daß der jetzige Grundbeitrag des Verbandes von 60 Pf. als niedrigster Staffelleistung beibehalten werden möchte, um eben den schlechtentlohten Kollegen den Anschluß an den Verband nicht zu erschweren. Der wöchentliche Beitrag wird ja ohnehin durch Lokalzuschläge, die teilweise eher erhöht werden müssen, als daß sie ausfallen können, noch hoch genug. Die höheren Klassen könnten dann wohl eher auf 90 und 120 Pf. festgesetzt werden. Für besserentlohten Kollegen ist es wirklich kein Objekt, ob sie einige Groschen mehr oder weniger an Beiträgen entrichten, zumal die Gegenleistungen des Verbandes durch die erhöhten Mittel nicht geringer werden. Zu wünschen wäre es, wenn vor allem die noch schlechtentlohten Kollegen sich in den Mitgliederversammlungen recht ausgiebig über die Beitragsfrage aussprechen würden.

J. Parstendorfer (Brand-Erbisdorf), zurzeit beim Heere.

Die Notwendigkeit der Beitragserhöhung ist gegeben einerseits durch die verkehrte Lebenshaltung, andererseits müssen wir uns einen Kampffonds anschaffen, der es uns ermöglicht, die kommenden Jahre nach dem Kriege für unsere Interessen nutzbar zu machen. Die Frage, ob die in Arbeit stehenden Kollegen zur Entscheidung kompetent sind, ist für mich geklärt; wer im Felde Interesse am Verbandsleben hat, der läßt sich die „Holzarbeiter-Zeitung“ senden, um die Führung mit dem Verband nicht zu verlieren.

Mit Recht betont die „Holzarbeiter-Zeitung“ die Notwendigkeit, einen Kampffonds anzulegen. Es gilt nicht nur, die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach dem Kriege zu verbessern, die Wirtschaftsweise und deren Folgen erzeugen ganz notwendig aus sich selbst heraus die politischen Massenstreiks. Die bisherige Gewerkschaftspolitik lehnte diese Art Streiks als gegen ihr Interesse ab. Der durch den Krieg gestärkte Kapitalismus schafft aber einen neuen Kampfboden, er verschärft und vergrößert die Kämpfe, die, wenn sie auch dem Schein nach gewerkschaftlicher Natur sind, in ihrem Kern doch den politischen Grund haben. Deshalb werden die kommenden Kämpfe mit oder gegen die Gewerkschaftsleitungen auch auf politischem Gebiet entbrennen. Ein weiterer Grund zur Beitragserhöhung ist die Eigenproduktion der Arbeitergenossenschaften. Dieser Frage ist bisher zu wenig Rechnung geschonkt worden. Zielbewußt und planmäßig auf dem Boden der Konsumgenossenschaften auf- und ausgebaut, wird die Eigenproduktion ein wichtiges Kampfmittel in den Händen des Proletariats. Die Eigenproduktion durch und für die Arbeiterklasse, das muß die Zukunftspolize sein. Einerseits schafft sie günstige Arbeitsbedingungen, andererseits befreit sie ein ganz Teil Arbeiter und damit auch viele Kollegen vom kapitalistischen Unternehmerrud. Ist für Zwecke der Eigenproduktion schon Kapital aus dem Verbandsvermögen verwandt worden? Alles verfügbare Verbandsvermögen muß zu diesem Zweck bereitgestellt werden, wenn wir uns ernsthaft aus kapitalistischem Zwang befreien wollen.

Schon oft ist die Frage der Arbeitslosigkeit nach Friedensschluß erörtert worden. Darüber sind wir uns alle klar, daß der Übergang aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft erheblich schwerer vorstatten geht, als es umgekehrt der Fall war. Eine langandauernde große Arbeitslosigkeit wird Folgeerscheinung des Krieges sein. Vom Reich ist hier nicht viel zu erwarten, und die Bundesstaaten können sich beherrschen, von den überlasteten Kommunen gar nicht zu sprechen. Wie bisher, ist auch hier die Arbeiterschaft auf sich selbst angewiesen. In dieser Unterstützungseinrichtung werden wir viel mehr Mittel brauchen als früher. Für direkt notwendig halte ich, die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit in der Höhe des zweiten Halbjahres 1914 und auf längere Dauer als sieben Wochen zu zahlen. Besser eine niedrige Wochenrate, wenn die Bezugszeit entschieden ausgedehnt wird. Alles das sind Gründe, die eine Beitragserhöhung motivieren.

Die Streitfrage, ob Einheits- oder Staffelleistung, ist durch die notwendige Erhöhung erloschen. Meine bisherigen Erfahrungen in der Arbeiterbewegung lassen es mir bedenklich erscheinen, einen generellen Staffelleistung einzuführen. Soweit ich die Lokalämpfe solcher Gewerkschaften, die den Staffelleistung haben, beobachtet habe, führen diese gestaffelten Beiträge stets zu Unzutraglichkeiten. Diese Kollegen zahlen unter ihrer Verdienstklasse. Eine Kontrolle kann man wohl da durchführen, wo das Arbeitsverhältnis tariflich geregelt ist; aber wo jede Kontrollgrundlage fehlt, ist der Staffelleistung unangebracht. In der

Holzindustrie sind die verschiedenartigsten Löhne ohne tarifliche Regelung. Ein großer Teil der Kollegen gibt doch ihren Arbeitsverdienst nicht der Wahrheit entsprechend an. Dies kommt in der Hauptsache in den mittleren und kleinen Orten vor, wo die Kollegen noch abhängig sind vom Unternehmer. Das muß bei dieser Frage in Rechnung gestellt werden. Eine Erhöhung des Grundbeitrages und eine entsprechend stärkere Veranziehung der leistungsfähigen Zahlstellen halte ich für richtiger. Doch dies soll Sache des Verbandstages bleiben.

Noch ein Wort zur Organisationsform. Fast alle Gewerkschaften der Holzindustrie sind im Verband vertreten. Der Erfolg einer solch konzentrierten Organisation konnte nicht ausbleiben. Die durchgreifende Vertretung einer Gewerkschaft war bisher durch sich selbst unmöglich. Ich habe schon angeführt, daß das konzentrierte Kapital einen neuen Kampfboden geschaffen hat, daß die wirtschaftlichen Kämpfe in politische übergehen. Dabei kann aber eine bestimmte Industrie die Kämpfe nicht allein mehr führen. Der moderne Betrieb kennt auch eine bestimmte Industrie nicht mehr, alles schafft durcheinander. Schon vor dem Kriege mußten sich bei Bewegungen die örtlichen Verwaltungen der in Betracht kommenden Verbände verständigen, wenn eine Bewegung in einem Großbetriebe im Gange war. Dies gilt für die Zukunft nicht mehr für die Zahlstellen, sondern für die Organisationen. Die Zusammenlegung der freien Gewerkschaften in einen Verband oder in einige große Industrieverbände, mit einem Wort, der Konzentration des Kapitals die Konzentration der Arbeiter entgegenzusetzen. Hier muß unser Verband die Führung übernehmen, wenn die Generalkommission nicht dazu in der Lage ist. Der Verbandstag muß bei Regelung der Beitragserhöhung die innere und äußere Verbandspolitik einer Revision unterziehen. Schärfer wir geht unsere Waffen, dann können wir leicht bestehen. Eine intensivere Agitation wäre wünschenswert. Die arbeitenden Kollegen müssen alles daran setzen, den Verband hochzubringen, damit wir aus dem Felde keinen Grund zur Klage haben. Die Kriegserfolge des Verbandes müssen auch in der Mitgliederzahl erkennbar sein.

Willy Martin (Hermendorf, Sa.-A.), zurzeit im Felde.

Daß wir auch im Verband uns den veränderten Verhältnissen mit unseren Unterstützungseinrichtungen und Beiträgen anpassen müssen, wird kein denkender Kollege bestreiten. Wenn wir auch die jetzigen schwindelhaft hohen Preise für Lebensmittel und alle Bedarfsartikel nicht bezahlen, so werden wir sicher auf die Stufe vor dem Kriege nicht wieder zurückkehren. Und da können wir mit den bisherigen Unterstützungen und Beiträgen nicht mehr auskommen. Es handelt sich nur um den richtigen Weg, der beschritten werden soll. Für die Staffelleistungen kann ich mich nicht begeistern. Wir sollten die Verwaltungstechnik ohne zwingende Gründe nicht noch mehr komplizieren, was bei Einführung der Staffelleistungen ohne Frage geschehen würde. Sollte es trotzdem dazu kommen, dann dürfte man es dem einzelnen nicht überlassen, die Staffel selbst zu wählen, der er angehören will.

Es kommt da ein Moment in Betracht, das dabei von großer Bedeutung sein wird. In jeder Branche wird es eine Anzahl Kollegen geben, die aus Drückbergerei oder sonstigen Gründen eine niedrige Klasse wählen. Wenn nun zum Beispiel eine solche Gruppe in einen Streik verwickelt wird, und die Unterstützungsfähigkeit ungleich hoch, so wird das auf die Solidarität und die Einigkeit der Streikenden, auf die jede Streikleitung den größten Wert legt, einen großen Einfluß ausüben. Das ist es, worauf ich besonders hinweisen möchte, und was mich veranlaßt, diese Zeilen zu schreiben. Nach meiner Meinung wird es einfacher und rascher sein, die Beitragsfrage, wie sie jetzt durch die Beschlüsse des Berliner Verbandstages geregelt ist, weiter auszubauen. Es würde zu weit führen, das hier näher zu begründen. In bezug auf die Fürsorge für die Arbeitslosen sollte von Seiten des Verbandes mehr als bisher die Pflicht des Staates betont und verlangt werden. Wir und auch die übrigen Gewerkschaften werden auf die Dauer nicht in der Lage sein, die großen Summen, die für eine den veränderten Verhältnissen einigermaßen ausreichende Unterstützung in Frage kommen werden, aufzubringen. Im übrigen bin ich der Meinung, daß, da die Dahingeblichenen es verstanden haben, den Verband während dieser schweren Zeit hochzuhalten; sie auch in der Lage sein werden, die Beitragsfrage zum Besten des Verbandes zu lösen.

M. Weyl (Hamburg), zurzeit in Helgoland.

Wenn jetzt eine Erhöhung der Beiträge vorgenommen werden soll, so ist es doch unbedingt notwendig, eine Staffelleistung einzuführen. Von verschiedenen Seiten wird eine zum Teil recht erhebliche Erhöhung des Beitrages befürwortet. Da ist es recht lehrreich, festzustellen, daß diese Stimmen durchweg aus Zahlstellen kommen, wo schon bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen. Dort mag es wohl möglich sein, etwas mehr für den Verband zu opfern. Aber es geht doch wohl nicht an, nach den Verhältnissen in Hamburg, Dresden, Köln usw. das ganze übrige Deutschland zu bemessen. Wir haben doch noch heute einen großen Teil Kollegen, die ebenso wie in Friedenszeiten zu den denkbar schlechtesten Löhnen arbeiten müssen. Es wäre bei hohen Beiträgen unmöglich, diese für den Verband zu gewinnen. Für viele kleinere Orte bedeutet das Stillstand, wenn nicht gar Rückgang. Eine Staffellung der Beiträge wäre also das Beste, allerdings dürfte die niedrigste Stufe den jetzigen Beitrag nicht überschreiten. Wir brauchen einen Verband mit prozentual zum Lohn abgestuften Beitragsklassen, damit es möglich ist, auch den geringbezahlten Arbeiter für uns zu gewinnen. Können wir die große Masse, die uns noch fernsteht, organisieren, und wird deren Lebenshaltung dadurch eine etwas gehobeneren, so werden sich auch nicht mehr so leicht Leute finden, die sich in den größeren Städten als Lohnrüder und Streikbrecher verwenden lassen. Von den Gegnern einer Staffellung wird immer auf die verwaltungstechnischen Schwierigkeiten hingewiesen, die dadurch entstehen sollen. Nachdem aber andere Gewerkschaften

Schon lange diese Form der Beitragszahlung eingeführt haben, sollte man mit diesem Einwand nicht mehr kommen.

Soziales.

Internationale Sozialistenkonferenz in Stockholm.

Die von dem holländisch-standinavischen Komitee nach Stockholm berufene Konferenz, die zunächst auf Mitte Juni angesetzt war, hat nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt.

Nunmehr ist eine neue internationale Konferenz auf den 15. August und die folgenden Tage nach Stockholm berufen.

Die Einladung richtet sich an alle dem Internationalen Bureau angeschlossenen Parteien, auch die während des Krieges beigetretenen, sowohl die Mehrheiten wie die Minderheiten und die als selbständige Parteien konstituierten Oppositionen.

Die Erfolglosigkeit der bisherigen Verhandlungen in Stockholm haben recht abkühlend auf die überschwänglichen Erwartungen gewirkt, mit denen die ersten Schritte des holländisch-standinavischen Komitees begrüßt wurden.

Zur Kohlenversorgung.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat am 6. Juli an das Reichsamt des Innern eine neue außerordentlich scharfe Eingabe in Sachen der Kohlenversorgung für den Winter gerichtet.

Der volle Bedarf werde auch dann nicht gedeckt werden können, wenn mehr Arbeitskräfte für die Steigerung der Produktion bereitgestellt würden.

rungsarbeiten sich genügend mit Vorräten versorgt hätten. Nachher veranstaltete man dann eine Umfrage über die vorhandenen Vorräte und habe dadurch das Verheeren und unglaublich Nachlässige in der Regelung der Hauptgegenstände des täglichen Bedarfs nur hervor.

Neben der Nationierung durch Kohlenkarte, die seit der Ueberreichung der Eingabe bekanntlich allmählich in die Wege geleitet zu werden beginnt, erklärt die Generalkommission es für erforderlich, daß die Ersparnis an Heizmaterial und der Verbrauch zu Leuchtzwecken sofort geregelt werden.

Die Behörden setzen sich ja langsam in Bewegung, Bestimmungen über die Ersparung und gleichmäßige Verteilung der Kohle auszuarbeiten.

Durch eine Bekanntmachung des Reichsanzalters vom 12. Juli 1917 wird die Amtsdauer der Beisitzer der Gewerbegerichte, der Kaufmannsgerichte und der Innungsschiedsgerichte bis zum Ablauf von sechs Monaten nach der Beendigung des gegenwärtigen Kriegszustandes verlängert.

Das Kriegsamt beabsichtigt die Vornahme einer gewerblichen Betriebszählung. Sie soll den Stand des deutschen Gewerbes um die Zeit des 15. August 1917, in einigen Punkten verglichen mit dem Stand vor Kriegsausbruch, erfassen.

Arbeitslosigkeit im 2. Quartal 1917.

Table with columns: Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Unterstützung haben erhalten, and various sub-columns for statistics.

Im 2. Quartal meldeten sich insgesamt 4918 Mitglieder arbeitslos, gegen 6696 im vorigen und 9221 im 2. Quartal 1916.

Auch der Prozentsatz der Mitglieder, die am letzten Tage des Quartals arbeitslos waren, hat sich verringert, er beträgt 0,60 gegen 0,99 im Vorquartal und 1,49 im Vergleichsquartal des Vorjahres.

Von den Gauen hatte der Gau Berlin mit 17,7 Prozent (20,9 im Vorquartal) den höchsten Prozentsatz der Arbeitslosen aufzuweisen.

Die Zahl der am Quartalschluß verbleibenden Arbeitslosen geht nur in den Gauen Leipzig mit 1,4, Nürnberg 1,4 und Berlin 1,2 Prozent über den Reichsdurchschnitt von 1,60 Prozent hinaus.

Der Zugang an Arbeitslosen belief sich im Vergleichs-Quartal auf 4353 gegen 6016 bzw. 8039 in den Vergleichszeiten.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 30. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat Juli ist spätestens bis zum 2. August an uns einzuliefern.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsblätter sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 196404 Herm. Helwes, Drechsler, geb. 10. 12. 67 zu Sandorf, 245413 Walter Lohse, Modellr., geb. 5. 1. 88 zu Hamburg, 711830 Hugo Lunkens, Modellr., geb. 20. 3. 90 zu Saalfeld a. S.

Korrespondenzen.

Gassen. Die bestehende Zeitung hat auch in Gassen die Arbeiterschaft etwas auf die Beine gebracht. Aus der im Frühjahr mit teilweise Erfolg durchgeführten Lohnbewegung sollten die Kollegen die Lehre gezogen haben, daß nur Einigkeit zum Ziele führt.

Arbeitslosigkeit im 2. Quartal 1917.

Table with columns: Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Unterstützung haben erhalten, and various sub-columns for statistics.

bzw. 16,6 Unterstügte in den angezogenen Vergleichs-Quartalen.

Der Anteil der Unterstügten an der Gesamtzahl der Arbeitslosen schwankt in den einzelnen Gauen zwischen 57,5 und 1,2 Prozent; er bezieht sich im Gau Erfurt auf 57,5, Dresden 20,6, Nürnberg 17,2, Stettin 15, Breslau 14, Leipzig 9,9, Hamburg 8,7, Berlin 8, Magdeburg 7,4, Düsseldorf 7,4, Danzig 4,2, Hannover 2,5, München 1,6, Frankfurt 1,5 und Stuttgart 1,2 Prozent.

Die durchschnittliche Dauer der unterstützten Arbeitslosigkeit betrug 11,6 Tage, gegen 12,4 im vorigen und 12,7 Tage im 2. Quartal 1916.

Der durchschnittliche Betrag der ausgezahlten Unterstützung betrug im Vergleichs-Quartal 16,31 Mk., im vorigen Quartal 17,77 Mk. und im Vergleichs-Quartal des Vorjahres 18,32 Mk.

Den höchsten Durchschnitt der unterstützten Zeit hat der Gau Stuttgart mit 20 Tagen aufzuweisen, den niedrigsten der Gau Erfurt mit 7,7 Tagen.

Bezüglich der Zahl der auf der Reise unterstützten Mitglieder ist wieder daran zu erinnern, daß es sich bei den Zahlen in der Tabelle in Wirklichkeit nicht um so viele Mitglieder handelt, da die reisenden Mitglieder in der Regel gezählt werden, als sie in mehr als einer Gasse Unterstützung erheben.

Grünberg. Unserer Zahlstelle, die seit Ausbruch des Krieges zu einem kleinen Häufchen zusammengeschmolzen war, ist es gelungen, durch rege Agitation in der Reicheltischen Waggonfabrik auf über 120 Mitglieder zu bringen. Viel dazu beigetragen haben auch die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Verdienen doch gelernte verheiratete Kollegen bei 123 Stunden im allgemeinen 61 bis 63 M. im Durchschnitt. Etliche Glücklich kommen auf 80 M. in 14 Tagen. Die Löhne und Akkorde sind dieselben wie bei Friedenszeit. Die Firma gab, wenn der Arbeiter die Woche voll gearbeitet hatte, verheirateten Arbeitern 2 M. Kriegszulage, ledigen 1 M. pro Woche, dazu für jedes Kind 50 Pf. Nach etlichen Verhandlungen des Arbeiterausschusses und der Gewerkschaft vor dem Schiedsamt in Neufalz ist es gelungen, die Firma zu folgenden Zugeständnissen zu bewegen: Die Arbeitszeit beträgt 118 1/2 Stunden in 14 Tagen, verheiratete männliche Arbeiter erhalten 10 Pf., unverheiratete 8 Pf., jugendliche männliche unter 18 Jahren 6 Pf., Frauen und Mädchen 4 Pf. Zulage pro Stunde. Für die ersten zwei Ueberstunden 25 Prozent Aufschlag, für jede weitere 50 Prozent. Die Arbeiterschaft behält sich vor, den Umständen nach später weitere Forderungen zu stellen. Es war die erste Lohnforderung, die gestellt wurde, seit der Betrieb besteht. Haben wir auch das Ziel nicht erreicht, so können wir doch mit dem Anfangserfolg zufrieden sein. Nur unter dem Hivoldienstgesetz war es möglich, diese Erfolge ohne Kampf zu erringen. An uns liegt es, die Erfolge weiter auszubauen, damit auch hier mal Zustände geschaffen werden, wo man nicht nur arbeiten, sondern auch sozial verdient, daß man ein menschenwürdiges Dasein führen kann. Vereint sind wir alles, vereinzelt nichts.

Aus der Holzindustrie.

Das größte Werk der Weltgeschichte.

Was das größte Werk der Weltgeschichte ist, wird so leicht niemand anzugeben wagen. Die im Altertum viel bekannten sieben Weltwunder haben den Kredit verloren, die moderne Technik hat eine solche Fülle staunenerregender Werke zustande gebracht, daß man in arge Verlegenheit gerät, wenn man einem von ihnen die Palme zuerkennen soll. Um so größer ist das Verdienst, das sich der Vorsitzende des Verbandes der selbständigen Holzschuh- und Pantoffelmacher Deutschlands erworben hat, als er die Frage nach dem größten Werk der Weltgeschichte so zielicher beantwortet hat. In seinem „Central-Blatt“ mahnt er, fleißig an der Herstellung von Holzpantinen zu arbeiten:

„Alle Kräfte eingesetzt, schafft Fußbekleidung für unsere schwerarbeitende Bevölkerung. Wer kann die Hände in den Schoß legen, wo unsere braven Kollegen dort draußen mit ihren Leibern unsern heimatischen Herd bedecken? Auch die Heimarbeit hat einen nicht zu unterschätzenden Anteil an dem größten Werk, das die Weltgeschichte je gesehen hat. Viele tausend Paar Pantoffeln fehlen noch, fest alle Kraft daran, helft dadurch mit zum großen Sieg.“

Nun wissen wir es, der Holzpantoffel ist das größte Werk der Weltgeschichte, das jede Konkurrenz schlägt. Bei aller Wertschätzung, die diese Fußbekleidung jetzt gewinnt, wäre wohl schwerlich jemandem eingefallen, in ihr das größte Werk der Weltgeschichte zu erblicken. Aber der Meister Tesch in Weitzen hat es gesagt, und der ist in Holzpantinen doch gewiß Sachverständiger.

Gewerkschaftliches.

Georg Diehl gestorben.

Nach langer Krankheit ist der Vorsitzende des Dachdecker-Verbandes, Georg Diehl, am 16. Juli zu Frankfurt a. M. gestorben. Der Verstorbene hat sich schon in jungen Jahren der Organisation angeschlossen, und er stand bald in dem lokalen Dachdeckerverein in Frankfurt a. Main an führender Stelle. Im Jahre 1893 wurde der Sitz des Dachdecker-Verbandes von Berlin nach Frankfurt a. Main verlegt und Diehl zum Vorsitzenden der Presekommission des Verbandsorgans gewählt. Im Jahre 1897 wurde ihm die Leitung des Verbandes übertragen, die er zunächst ehrenamtlich versah, bis er im Jahre 1899 fest angestellt wurde. Unter Diehls Leitung hat sich der Verband sehr gut entwickelt. Von 1700 Mitgliedern stieg die Mitgliederzahl bis zum Kriegsausbruch auf mehr als 8000. Er erstreckte sich unter den Dachdeckern und auch in der gesamten Arbeiterschaft Frankfurts, die ihm verschiedene Ehrenämter übertrug, großer Beliebtheit. Sein Wirken für die Arbeiterbewegung sichert ihm ein ehrendes Andenken.

Gegen die Zusammenlegung der Bäckereibetriebe, die von den Behörden geplant wird, erhebt der Bäckerverband scharfen Protest. Es ist beabsichtigt, eine Zusammenlegung der Betriebe in der Weise herbeizuführen, daß einzelne größere Bäckereien für vier bis sechs kleinere Bäckereien das Brot mit herstellen, oder daß große Brotfabriken bis zur vollen Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden. Durch diese Maßnahme hofft man Kohle und Arbeitskräfte zu sparen. Die Bäcker fürchten, daß bei einem solchen Vorgehen die Nachtarbeit, die nun seit zwei Jahren beseitigt ist, wieder eingeführt werden könnte, und erheben hauptsächlich aus diesem Grunde gegen die geplante Zusammenlegung scharfen Protest.

Den Glasarbeitern droht ein schwerer Schlag. Durch eine Verfügung des Reichskommissars für Kohlenverteilung soll der Glasindustrie mehr als die Hälfte des bisherigen Kohlenbezuges gesperrt werden. Dadurch werden viele Fabriken zur Einstellung des Betriebes gezwungen sein. Die geplante Zusammenlegung der Betriebe ist in der Glasindustrie besonders schwierig, weil die Arbeiter der stillgelegten Betriebe genötigt wären, ihren Wohnsitz zu verlegen. Der Vorstand des Glasarbeiter-Verbandes rechnet damit, daß durch die Maßnahme 6000 bis 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen arbeitslos werden. Er hat sich mit einer eingehend begründeten Eingabe an die Kohlenausgleichsstelle gewendet, doch besteht geringe Aussicht auf Rückgängigmachung der geplanten Maßnahme.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.
(Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.)

Rechnungsabluß vom 1. Quartal 1917.

Einnahmen:		Mr.	Mr.
Barer Bestand am 1. Januar 1917			174 463,41
Zinsen von belegten Kapitalien			35 644,93
Beitragsgelder			554,80
Beiträge von Mitgliedern:	der 1. Klasse	6 888,—	
	2. "	65 913,10	
	3. "	214 565,10	
	4. "	46 975,60	334 341,80
Sonstige Einnahmen (Strafgelder usw.)			6 790,40
Zurückgezogene Kapitalien			61 000,—
Summe der Einnahmen			912 795,34
Ausgaben:		Mr.	Mr.
Für ärztliche Leistungen			6,—
Kur- und Pflegekosten			—,—
Krankengeld an Mitglieder der 1. Klasse		8 952,74	
	2. "	76 603,05	
	3. "	231 675,44	
	4. "	45 354,18	362 585,41
Sterbegeld			60,—
	1. "	6 043,50	
	2. "	21 221,—	
	3. "	5 495,05	33 368,55
Verwaltungskosten: Persönliche		30 010,15	
Sachliche		7 242,62	37 252,77
Zurückgezählte Beiträge			—,—
Verluste			—,—
Belegte Kapitalien			50 733,93
Summe der Ausgaben			483 941,66
Abluß:			
Summe der Einnahmen			612 795,34
Summe der Ausgaben			483 941,66
Ergibt Barbestand am 1. April 1917			128 853,68
Davon Bestand in den örtl. Verwaltungsstellen			110 745,60
bleibt Bestand in der Hauptkasse			18 108,08

Bermögensausweis:

Barer Bestand laut Abluß	128 853,68
Belegte Kapitalien	2 071 523,89
Mithin Gesamtvermögen am 1. April 1917	2 200 377,57
Dasselbe betrug am 1. Januar 1917	2 256 253,37
Demnach eine Abnahme im 1. Quartal 1917 von	55 875,80
Die Zahl der Mitglieder am Schluß des 1. Quartals betrug	49 477.

J. U. A. Sud, Hauptkassierer.

Vorstehender Rechnungsabluß ist von uns geprüft und mit Büchern und Belegen übereinstimmend befunden, der Kassenbestand ist uns vorgelegt und nachgewiesen worden.
Der Aufsichtsrat.
J. U. A. Knöchel, Obmann.

Geforderte Mitglieder.

- Jakob Hoffmann, Schreiner, 43 J., gest. in Kaiserslautern.
- Christian Wunderlich, Tischler, 67 Jahre, gest. in Plauen.
- Anton Glas, Modelltischler, 53 J., gest. in Plauen.
- Wilhelm Schäfer, Schreiner, 53 J., gest. in Kassel.
- Andreas Lips, Schreiner, 60 Jahre, gest. in Oshausen.
- Johannes Weber, Stellmacher, 40 J., gest. in Kassel.
- Georg Weisendorfer, Schreiner, 28 Jahre, gest. in Oshausen.
- Johannes Plunz, Schreiner, 71 J., gest. in Kassel.
- Jakob Rathgeber, Schreiner, 62 J., gest. in Kassel.
- Hugo Ritsche, 31 Jahre, gest. in Eilenburg.
- Anton Abraham, Schreiner, 57 J., gest. in München.
- Jakob Bauer, Schreiner, 52 J., gest. in München.
- Johanna Heimeier, Schreiner, 66 J., gest. in München.
- Kaver Bornheim, Schreiner, 45 J., gest. in München.
- Rep. Gößl, Schreiner, 64 J., gest. in München.
- Emil Großbert, Schreiner, 34 Jahre, gest. in München.
- Georg Kommer, Schreiner, 60 Jahre, gest. in München.
- Anna Maria, Hilfsarbeiterin, 23 J., gest. in München.
- Eduard Dvatzil, Schreiner, 72 J., gest. in München.
- Balthasar Reiter, Bürstenmacher, 51 Jahre, gest. in München.
- Adolf Strohschneider, Beizer, 53 Jahre, gest. in München.
- Johann Lehmann, Maschinist, 55 J., gest. in München.
- Bernhard Depper mann, Bürstenmacher, 30 Jahre, gest. in Eilm.
- Wilhelm Steffen, Bürstenarbeiter, 51 Jahre, gest. in Oshausen.
- August Eichberg, Tischler, 50 J., gest. in Herford.
- Heinrich Köhling, Tischler, 32 J., gest. in Herford.

Ehre ihrem Andenken.

Correnz Klinkenberg, Schreiner, circa 55 Jahre, sende keine Adresse an Veitwardt, Osterfeld (Weißl.)

Bautischler, auch Kriegsbeschädigte, Hilfe sofort ein. Wohnangabe erwünscht. Otto Schneider, Großwitzerwiz (Bezirk Magdeburg).

Mehrere **Möbelschreiner** gesucht. Veitwardt, Osterfeld (Weißl.).

Treppenhauer für Treppengeländer sofort gesucht. W. Großkopf, Bautischlerei, Ortelsburg (Ostpreußen).

Gesucht ein **Tischler** Hamburg, Eternitätstraße 7, 2. Et.

2 tüchtige Tischler auf bessere Arbeiten sowie Heeresbedarf stellt ein Friedr. Welle, Kunst- u. Bauischlerei mit elektrischem Betrieb, König, Markt 15.

Bau- und Möbeltischler stellt ein Kurt Siebert, Damptischlerei, Kastenbarg (Ostpreußen).

Tüchtiger Meister für Holzbearbeitung zum sofortigen Eintritt gesucht. Mechanische Schuhfabrik R. Dorndorf, Breslau 17.

Stuhl- und Sesselbauer, Tischler sofort gesucht. Meldungen an: Ergebergische Holzindustrie, Arbeitervereinsamt, Brand-Erdisdorf bei Freiberg (Sachsen).

Mehrere Modelltischler sofort gesucht. Erste Offenbacher Modellfabrik Engelbert Kern, Offenbach am Main, Carlstraße 58.

Kreisrasppler für Spazierstühle suchen C. & A. Redlich, Stoffsabrik, Berlin SW. 68, Ritterstr. 75.

Hartgummidrehsler finden Beschäftigung bei Phil. Penia, Gummiwarenfabrik, Aktiengesellschaft, Leipzig-Plagwitz, Ronnentur 49 44.

Tüchtigen Drehsler auf Bau- und Möbelarbeit verlangt Georg Tapper, Dampf-drehslererei, Gollnow (Pommern).

Polierer und Raspler auf Holzschirmgriffe verlangt Alphonse Ludwig & Co., Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Straße 92.

Werkführer für Ovaldreherei verlangt Max Lenhard, Berlin, Schleierische Straße 31.

20 Korbmacher für 9Ser und Drillingsgestelle sucht sofort Max Poppel, Dresden-N., Zöllnerstraße 5.

Vorarbeiter sowie Leute auf 9Ser, 9-cm-gestelle sucht sofort gegen Tariflohn I G. Ulrich, Nürnberg, Wasserturstraße 6.

Drei tüchtige Korbmacher auf Mattarbeit erhalten sofort Arbeit. P. Winkler, Korbfabrik, Herford (Niedersachsen).

Korbmacher auf 9Ser Munitionstörbe, auf 21- und 15-cm-Langgranatenkörbe sowie Drillingsgestelle sucht Herm. Kühn, Köpfchenbrada.

Korbmacher auf 9Ser u. 21-cm-Langgranatenkörbe finden Beschäftigung. Reinhold Hoffmann, Weiden-schälerei und Korbfabrik, Unruhstadt (Böhmen).

Korbmachergesellen auf Beschlagenes und Reparaturen stellt ein Frau Heinrich, Jauer (Schlesien).

10 Korbmacher auf Geschloßkörbe sucht zu neuen Tariflöhnen Klasse I J. Heiser, Transportkorbfabrik, Jelsch, Leipzig-Str. 14.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Bereitete vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 14. Juli, bis Freitag, 20. Juli 1917.
A = Im Laufe der Woche besuchte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
C = Gemeindete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Tischler			Möbel-tischler			Maschinen-arbeiter			Polierer			Drehsler			Sonstige Branchen			Insgesamt					
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C						
Berlin	9	16	550	76	35	30	8	21	3	4	109	20	17	169	70	164								
Bremen	2	2	—	2	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	2	9	7	3			
Breslau	—	1	—	1	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	41	—
Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eilenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Forst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Herford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lübeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	17	23	16	19	125	76	41	26	33	10	11	21	4	4	138	56	33	229	24	183				
tot. Woche	15	6	22	30	120	80	31	28	41	10	12	25	2	2	137	54	41	225	20	211				

NB. Insete Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweise zu benutzen.